

Drittel der Ahnen stammen allerdings aus Mitteldeutschland, vor allem aus Sachsen. Die soziale Schichtung reicht von altadeligen und in der Neuzeit in den Adel aufgestiegenen Familien mit Gutsbesitzern, Offizieren und höheren Beamten als Vertretern über das kaufmännisch-akademische Großbürgertum und das Handwerkertum bis zu bäuerlichen Familien.

Es ist dem Vf. zu danken, daß er keine Mühe und auch nicht die hohen Kosten des Drucks gescheut hat, um diesen für die deutsche Bevölkerungs-, Sozial- und Kulturgeschichte interessanten Beitrag zu veröffentlichen.

Marburg a. d. Lahn

Hugo Weckerka

Zwischen den Weltkriegen. Teil I: Politik im Zeichen von Parteien, Wirtschaft und Verwaltung im Preußenland der Jahre 1918–1939. Hrsg. von Udo Arnold. (Schriftenreihe Nordost-Archiv, H. 27; Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, H. 6.) Lüneburg 1986. 170 S., Tab. u. Diagramme i. T.

Der Sammelband beruht auf den Vorträgen, die auf der Jahrestagung 1985 der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung¹ gehalten worden sind. Während die beiden ersten Beiträge Ost- und Westpreußen aus der Sicht des Reiches mit den Problemen, die sie für die deutsche Innen- und Außenpolitik aufwarfen, betrachten, steht in den folgenden fünf Aufsätzen die Entwicklung in den Gebieten selbst im Mittelpunkt der Überlegungen.

Reinhard Hauf sieht für seine Analyse der politischen Situation Ost- und Westpreußens während der Weimarer Republik die Thesen des Unterstaatssekretärs im Foreign Office Robert Vansittart von 1934, die die Kontinuität der deutschen Außenpolitik von Stresemann zu Hitler annahmen und den Hitlerismus aus falsch verstandener Geschichte ableiteten, als „Herausforderung und Auftrag“ an. Demgemäß wirft er der deutschen Ostpolitik vor, durch ihr Verlangen nach Revision der Ostgrenze trotz ihrer pazifistischen Mimikry den außenpolitischen Spannungszustand in Ostmitteleuropa aufrechterhalten zu haben, zwar die deutschen Minderheiten in den neuentstandenen Staaten zur Rechtfertigung und als Instrument der Revisionsforderung zum Verbleiben angehalten, ihnen aber auf Grund der gegen Polen gerichteten Wirtschaftsmaßnahmen erhebliche ökonomische Opfer abverlangt zu haben. Offensichtlich kann sich H. eine Verständigungspolitik nur auf der Grundlage des status quo von 1919 und unter ausdrücklicher Anerkennung von Versailles vorstellen, so daß er konsequenterweise jeglichen Versuch zu einer wenigstens teilweisen Revision als Friedensstörung empfindet. Daß der Minderheitenschutz, der ja in Versailles zur Legitimation der neuen Ordnung auch festgelegt worden war, von Polen unterlaufen wurde und dadurch die Hilfsmaßnahmen des Reiches für die Auslandsdeutschen erst ausgelöst wurden, rückt allerdings nicht ins Blickfeld. Deutschland hätte sich zusammen mit Polen in die „Front der demokratischen Staaten“ gegen die bolschewistische Sowjetunion einreihen sollen, stattdessen habe es wie schon unter Bismarck aus machtpolitischen Überlegungen mit Ländern sich verbündet, „deren Politik im Widerspruch zu den bürgerlichen Freiheiten stand“ (S. 17). Mit diesem Werturteil verlangt der Historiker die von ihm als ideologisch richtig erkannte Außenpolitik, anstatt, wie es eigentlich von ihm zu erwarten wäre, die Motive und Absichten der anders gearteten Außenpolitik des Reiches vorurteilslos zu analysieren. Wohltuend heben sich von solchen durch bestimmte Vorannahmen geleiteten Darlegungen die nachfolgenden nüchternen Betrachtungen Ludwig

1) Dazu der „Chronik“-Bericht von Klaus Bürger in dieser Zeitschrift 35 (1986), S. 287–293.

Biewers über ostpreußische Aspekte im Preußen der Weimarer Republik ab. Er konzentriert sich dabei auf den Dualismus zwischen Preußen und Reich mit seinen zahllosen Reibungsflächen und erörtert die verschiedenen Vorschläge zu seiner Lösung, die gerade von aus Ostpreußen stammenden Politikern wie Otto Braun, Rudolf Nadolny, Wilhelm Freiherr von Gayl u. a. entwickelt worden sind.

Werner Thimm schildert die Entwicklung der Parteien vornehmlich in Danzig, daneben noch die der deutschen Parteien in Pommern. Obwohl Danzig durch den Vertrag von Versailles ein selbständiger Staat geworden war, entsprachen die parteipolitischen Verhältnisse weitgehend denen in Deutschland und Preußen und blieben aus dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zum deutschen Volk darauf ausgerichtet. Th.s Beitrag wird sinnvoll ergänzt durch die Ausführungen von Kazimierz Wajda über die vornehmlich polnischen politischen Organisationen der Arbeiterschaft in Pommern. Hans-Heinrich Herlemann beschreibt die Lage der Landwirtschaft in Pommern und Danzig und untersucht dabei vornehmlich die Folgen der neuen politischen Grenzziehung durch einen mit vielen Tabellen untermauerten Vergleich der landwirtschaftlichen Entwicklung in den ostpommerschen und westpreußischen Grenzgebieten, die er auf die Formel bringt: Intensivierung auf deutscher und Extensivierung auf polnischer Seite.

Friedrich Richter stellt auf der Grundlage seiner als Dokumentation angelegten Studie von 1984 (Industriepolitik im agrarischen Osten, Wiesbaden 1984) die Bemühungen um eine stärkere Industrialisierung Ostpreußens dar, erörtert die verschiedenen diskutierten Industriekonzepte und die bis 1939 tatsächlich erzielten Ergebnisse. Georg Bitter berichtet knapp über die Fragestellungen seiner Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirkes Königsberg; seine als Dissertation entstandene Arbeit ist mittlerweile abgeschlossen und als Buch erschienen (Die Preußische Regierung zu Königsberg 1918–1945, Leer 1988). Weniger an ihn als vielmehr an den Herausgeber des Bandes ist die Frage zu richten, ob solche vorläufigen Arbeitsberichte eigentlich überhaupt gedruckt werden sollten. Die Klage über zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten wird nicht dadurch überzeugender, daß man auch schon Zwischenberichte über laufende Vorhaben publiziert.

Berlin

Klaus Neitmann

Chodowiecki und die Kunst der Aufklärung in Polen und Preußen. Vorträge der 4. Internationalen Konferenz des „Komitees“ vom 30. 11. bis zum 3. 12. 1983 in Wolfenbüttel. Hrsg. von Hans Rothe und Andrzej Ryszkiewicz. (Schriften des Komitees der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung der Slawischen Studien, Bd. 9.) Böhlau Verlag. Köln, Wien 1986. VII, 174 S., 92 Abb.

Von den neun Autoren des Aufsatzbandes beschäftigen sich vier ausdrücklich mit Daniel Chodowiecki (1726–1801). In seinem Beitrag über „Die Originalität Chodowieckis“ (S. 99–104) schildert Helmut Börsch-Supan die Publikumerwartungen der Zeit und das künstlerische Milieu Berlins. Die Spezifik seines Werkes erklärt Andreas von Radenow (S. 53–74) mit den moralischen und bildnerischen Auffassungen der Hugenotten, an deren Berliner Gemeindeleben Chodowiecki in verantwortungsvoller Position teilhatte. Insbesondere anhand des moralischen Genre wird deutlich, daß die Inhalte, aber auch die Bildform religiösen Vorstellungen verpflichtet sind. In seiner Funktion als Vertreter der dafür einberufenen Gemeindegemeinschaft gegenüber den Baubehörden wirkte Chodowiecki auch an einem repräsentativen Vorhaben der ‚Hausväterrepublik‘ mit: an dem Konzept für die bauplastische Turmgestaltung des Französischen Domes in Berlin (Grundsteinlegung 1780). Der bislang ungeklärten Frage, welchen konkreten Anteil der Künstler an diesem Projekt hatte, geht Sybille Bad-